



Herrn Sigmar Gabriel
SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Berlin, den 1. Oktober 2014

Offener Brief an die SPD

Was folgt aus den ‚Roten Linien‘ bei TTIP und CETA?

Sehr geehrter Herr Gabriel,

wir freuen uns und sind dankbar dafür, dass die breite gesellschaftliche Debatte über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA auch in der SPD aufgegriffen und unterstützt wird. Im Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 20. September finden wir eine ganze Reihe wichtiger Hinweise und ‚roter Linien‘, die das Agieren sozialdemokratischer Politikerinnen und Politiker in Parlamenten und Regierungen bestimmen sollten. Angesichts einiger Unklarheiten im Text und vor dem Hintergrund der kurz vor Abschluss stehenden Verhandlungen über das EU-Kanada-Abkommen (CETA) möchten wir uns mit folgenden Hinweisen und Fragen an Sie wenden:

- Die SPD hat im Europawahlkampf versprochen: mit ihr werde es weder eine Absenkung europäischer Standards noch die umstrittenen Investor-Staat-Schiedsgerichte geben, bei der Konzerne Staaten verklagen können. Trotz der öffentlichen Suggestion einer „Verhandlungspause“ im Investitionsschutz verhandelt die EU-Kommission aktiv mit Kanada, den USA, Japan und weiteren Ländern weiter, als wäre nichts geschehen – und zwar geheim. In vielen Detailfragen – z.B. bei der Ablehnung kanadischer Wünsche auf Herausnahme von Patent- und Pharmaziefragen aus den Konzernklagemöglichkeiten – erhält sie dabei die Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten - auch von der deutschen Bundesregierung.

- Es ist gut, dass die SPD das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, und die Fähigkeit von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, schützen will. Es ist gut, dass die SPD Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie „Faire und Gerechte Behandlung“ oder „Indirekte Enteignung“ ablehnt. Es ist gut, dass die SPD erkannt hat: *„Probleme – wie die Einschränkung staatlicher Regulierungsfähigkeit und die Gefahr hoher Entschädigungs- und Prozesskosten für Staaten, wegen privater Klagen gegen legitime Gesetze – existieren schließlich auch schon aufgrund existierender Investitionsschutzabkommen.“* Es ist gut, dass die SPD die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten will und von Freihandelsabkommen ausnehmen will. Es ist gut, dass die SPD vor einem ‚Negativlisten‘-Ansatz bei der Liberalisierung von Dienstleistungen warnt. Es ist gut, dass die SPD Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden will.
- Alles das ist richtig. Aber: Das geltende, offiziell immer noch geheime (und leider nie von Sozialdemokraten veröffentlichte) Verhandlungsmandat zu TTIP als auch der fast finalisierte Text zu CETA stimmt mit diesen Wünschen nicht überein. Das Mandat sieht explizit die Investor-Staat-Schiedsverfahren vor, einschließlich der in Ihrem Parteikonvents-Beschluss kritisierten Rechtsbegriffe wie „Faire und Gerechte Behandlung“ oder „Indirekte Enteignung“ (Art.22-23). Die Formulierungen zur „regulatorischen Kohärenz“ (Art.25-27) zielen nicht auf die Verbesserung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Standards, wie die SPD dies fordert, sondern auf deren Harmonisierung. Dass die USA nun die europäischen Standards übernehmen werden, glaubt jedoch niemand. Ein ‚Negativlisten‘-Ansatz bei Dienstleistungen ist sowohl für CETA wie für TTIP bereits beschlossene und öffentliche verkündete Vorgehensweise der EU. Anders als Kanada hat die EU zudem nicht etwa den Kultursektor aus den Verhandlungen ausgeschlossen, sondern lediglich den enger gefassten Teilbereich der audio-visuellen Dienstleistungen.
- Die vielfach geforderte ‚Transparenz‘ der Verhandlungen wird – trotz allerlei Gesprächsrunden, Webseiten und Twitter-Kanäle der EU – nicht hergestellt. Weder EU-Regierungen, noch Abgeordnete, geschweige denn die Bürgerinnen und Bürger Europas erhalten Einblick in alle Verhandlungstexte. US-Dokumente sind nur in geheimen Leseräumen für Regierungsvertreter in Brüssel einsehbar – und die EU-Kommission gibt uns BürgerInnen noch nicht einmal zu lesen, was sie in unserem Namen offiziell der US-Delegation als europäische Verhandlungstexte übergibt.

Wir möchten Sie vor diesem Hintergrund fragen:

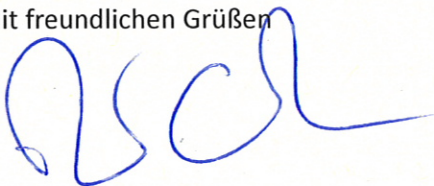
- Wie ernst sind die ‚roten Linien‘ des SPD-Parteikonvents gemeint? Muss nicht jetzt die Aufhebung des geltenden TTIP-Verhandlungsmandats gefordert werden, welches ein liberaler Handelskommissar und die schwarz-gelbe Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Rösler im Juni 2013 mitbeschlossen hat? Genau diese Forderung hat der DGB-Bundeskongress im Mai 2014 beschlossen, und genau das haben Sie leider nicht beschlossen.
- Ist eine solche ehrliche Konsequenz aus den ‚roten Linien‘ nicht noch offensichtlicher beim CETA-Vertrag? Bei diesem Abkommen kann man sich nichts mehr wünschen, denn das Abkommen ist praktisch fertig. Es gibt jetzt nur noch JA oder NEIN zum real existierenden CETA. Überschreitet der im August durchgesickerte Text (vgl. tagesschau.de) nicht unzweifelhaft die roten Linien der SPD? CETA enthält auf Druck der EU-Kommission scharfe

Investor-Staat-Klageregelungen, mit denen Klagemöglichkeiten nicht nur kanadischer Konzerne gegen europäische und deutsche Gesetze ermöglicht werden. Auch amerikanische und andere Konzerne erhalten über ihre kanadischen Niederlassungen diese Klagemöglichkeit, sofern sie dort „substanzielle Geschäftstätigkeit“ haben. Mit genau den unklaren Formulierungen wie „fair and equitable treatment“ (Art. X.9) oder „indirekte Enteignung“ (Art. X.11), die die SPD in ihrem Beschluss ablehnt, erhalten private profit-orientierte Schiedsrichter weiten Interpretationsspielraum, europäische Staaten zu Schadensersatzforderungen an Investoren zu verurteilen. Ist Ihnen dies nicht spätestens seit Anfang August auch bekannt? Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Es ist für uns schwer nachvollziehbar, dass der SPD-Parteikonvent keinerlei Aussagen dazu gemacht hat, wie sich die SPD zu dem CETA-Vertrag verhalten wird – und wie sie ein Weiterverhandeln von TTIP auf Basis des bestehenden Mandates bewertet. Wir erwarten jetzt eine klare Aussage von Ihnen, dass die SPD CETA ablehnen wird. Das bedeutet selbstverständlich nicht nur, dass die sozialdemokratische Fraktion im EP nicht zustimmt – sondern das kann nur bedeuten, dass die SPD als Gesamtpartei nicht zustimmt, also auch im Bundestag und Bundesrat sowie in der Bundesregierung. Deutschland kann daher CETA weder auf EU-Ebene zustimmen noch in Bundestag oder Bundesrat ratifizieren.

Wir sind uns sicher: Nicht nur wir, sondern die Wählerinnen und Wähler erwarten jetzt klare Antworten und glaubwürdiges Handeln der SPD. Ihre Worte haben wir vernommen. Nun erwarten wir Ihre Taten!

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung

Im Namen der Unterzeichner

Liste der Unterzeichner:

- attac Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, AbL e.V.
- Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft
- Deutscher Naturschutzring, DNR e.V.
- Forum Umwelt und Entwicklung
- Gen-ethisches Netzwerk
- IG Nachbau
- Naturschutzbund Deutschland, NABU e.V.
- PowerShift e.V.
- WEED e.V.